Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Nebenannahmestellen b. Vorm. 8 bis 8 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile unterm Strich „Eingesandt" 40 Pf. Grundzeile für Montag oder nach Feiertagen 30 Pfg., für Familiennachrichten 25, bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Zur Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Hochmoderne
Herren-, Jünglings-, Knaben-**Anzüge**
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

Julius Bentler
Dresden
Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl
Eiserne
Oefen und Herde,
Haus-, Küchen-
und
Landwirthschafts-Geräthe.

Grosses Lager!
Garten-Schläuche
Gummi-Fabrik
Altrenommirte Qualitäten zu den billigsten Preisen, in schwarzblau oder roth Gummi, auch mit Drahtschutz-Spirale aussen, auch in roh Hanf oder Hanf gummirt
Reinhardt Leupolt, Dresden-A. Wettinerstr. 16. Telephon 189

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz **6 Altmarkt 6**
Hoflieferant Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Pelikan-Tinte
Zu beziehen durch die Papier- und Drogenhandlungen.
Probeflaschen gratis.

Neueste Modelle in Damenhüten. Putz- u. Modewaarenhaus **Barthel, Waisenhausstr. 30.**
Eigene Stroh- und Filzhutfabrik. **Gegründet 1869.** Fernsprecher 3390.

Nr. 116. **Spiegel:** Ständehaus und Brühl'sche Terrasse. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen, Adressen und Geschenke, Jubiläumsporzellan, Vereinstage für innere Mission. | Muthmaßl. Witterung: Fortwährend unsicher. | **Donnerstag, 28. April 1898.**

Ständehaus und Brühl'sche Terrasse.

Die lebhafte Erregung, die sich der Einwohnerschaft Dresdens **und weiterer** Kreise in der Terrassenfrage bemächtigt hat, spiegelte **sich zum Theil** in recht drastischer Form in den Verhandlungen **wieder,** die in der Zweiten Kammer des Landtags am Dienstag **über den Gegenstand** gepflogen wurden. Das Verständniß der **einschlägigen** Gesichtspunkte erfordert vorweg eine knappe Umrahmung **der verschiedenen** Grundansichten und Pläne, die sich in der **Sache gegenüberstehen.** Deren sind im Ganzen fünf; zunächst drei **Projekte,** die den Bau des neuen Ständehauses auf dem Platze **am Schloßplatz** zur Voraussetzung haben, sodann die namentlich **in der Ersten Kammer** vertretene Anschauung, daß bei gehöriger **Ausnutzung des** Terrains, auf dem sich das alte Landhaus erhebt, das **neue** Gebäude in einer alle berechtigten Ansprüche befriedigenden **Ausführung** sehr wohl dort Platz finden könnte, und endlich **die Meinung,** daß der Platz für das neue Ständehaus am zweckmäßigsten **auf** Neustädter Gebiet als Seitenstück zum Finanzministerium gewählt würde. Die zu dritt genannte Ansicht hat es **leider bis** zu einer tiefergehenden parlamentarischen Aktion überhaupt **nicht zu bringen vermocht.** Dagegen ist die Strömung zu Gunsten **des zweiten** Projekts in der Ersten Kammer in Gestalt eines entsprechenden Antrags zum Ausdruck gekommen, **während in der** Zweiten Kammer die drei Terrassenpläne ein allgemeines Aufeinanderplatzen der Geister herbeigeführt haben.

Von den wiederholt gekennzeichneten drei Entwürfen hat die **Zweite** Kammer den zweiten zum Beschluß erhoben. Darnach soll die Terrassentreppe bis zu dem neuen Bibliotheksgebäude der Sekundogenitur, d. i. bis zu der verlängerten Achse der Brühl'schen Gasse zurückgerückt, also die Terrasse selbst um 60 Meter verkürzt werden. Der dritte Entwurf hatte aber die **gesammte** öffentliche Meinung Dresdens und die einmüthige Zustimmung beider städtischer Kollegien für sich. Dieser gewiß schwer genug in die Waagschale fallende Umstand führte in der Zweiten Kammer zu einem energischen Vorstoß der Anhänger des Entwurfs III, der von Herrn Dr. Mehnert strategisch und taktisch mit anerkennenswerther Meisterschaft durchgeführt wurde. Der genannte Abgeordnete nahm sich der Erhaltung der Terrasse mit großer Wärme an und fand bei seiner Vertheidigung der weltberühmten Zierde Dresdens jenen ungekünstelten Ton eines aus dem Herzen kommenden Lokalpatriotismus, dessen nach Lage der Sache nur allzu natürliches Aufflammen bei den bisherigen Berathungen über den Gegenstand mit Befremden von der Dresdner Bevölkerung vermißt worden ist. In den Kreisen der Dresdner Bürgerschaft, die eine Handlegung an die Terrasse als einen Stoß in's Herz empfinden würden, wird namentlich die von Herrn Dr. Mehnert unternommene würdevolle Zurückweisung der von hoher amtlicher Stelle gegen die Art der zur Erhaltung der Terrasse eingeleiteten Agitation angenehm berühren. Herr Dr. Mehnert wandte sich sehr entschieden gegen die in der Denkschrift der Regierung vom 23. März d. J. gebrauchte Wendung, daß eine „maßlose Agitation von unberufener Seite" in Gang gebracht worden sei, wies nach, daß die Bewegung zu Gunsten der Terrasse „natürlich aus sich selbst heraus" in der Bürgerschaft entstanden sei und fragte mit Recht: „Warum sollen diese Gefühle der Dresdner kaltherzig mißachtet werden?" Um schließlich den Gegnern des Entwurfs III ihren Haupteinwand aus der Hand zu winden, beantragte Herr Dr. Mehnert, den Entwurf III im Kostenpunkt durch Zurückdrängung der Fluchtlinie und Verminderung der Höhe des Gebäudes auf das Niveau des Entwurfs II zu bringen und ihn in dieser Gestalt zu genehmigen. Der Mehnert'sche Vermittelungsantrag wurde zwar abgelehnt, fand aber immerhin die stattliche Minderheit von 22 Stimmen. Das läßt die Hoffnung zu, daß ihm möglicher Weise bei einem späteren Vereinigungsverfahren beider Kammern eine sieghafte Wiederauferstehung beschert sein könnte.

In der Debatte bildete das bemerkenswertheste Moment die wie eine Bombe einschlagende Erklärung des Regierungsvertreters, Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers, daß die Entwürfe I, II und III unter Kameraden ja eigentlich ganz egal seien. Nachdem die Regierung sich in den früheren Stadien der Angelegenheit dahin geäußert hatte, daß Entwurf III für sie überhaupt nicht diskutabel sei, muß der jetzige konnivente Standpunkt in der That überraschen. Selbstverständlich ist das neuerliche Entgegenkommen nicht auf eine Einwirkung der „maßlosen Agitation" zurückzuführen, sondern dürfte wohl ihren Grund mit haben in den Anschauungen, die auch mit wachsender Kraft in den dem Herrn Minister nahestehenden Kreisen bez. in der Ersten Kammer sich geltend machen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen trat namentlich ein Gesichtspunkt scharf hervor, der bereits bei manchen früheren Gelegenheiten andeutungsweise beobachtet werden konnte, nämlich eine gewisse, nicht gerade Animosität, aber doch Gegensätzlichkeit des platten Landes gegenüber der Residenz, insoweit es sich um städtische Bauten handelt. Es wurde lebhafte Klage darüber geführt, daß „mit den Dresdnern in Bausachen im Allgemeinen nicht gut Kirschen essen sei". Es müsse noch weitaus sparsamer gebaut werden und insbesondere in dem vorliegenden Falle seien die Dresdner angesichts der vielfachen Bewilligungen zu ihren Gunsten gewissermaßen moralisch verpflichtet, auch einmal einen Theil ihrer Terrasse herzugeben, um den Vertretern des gesammten Landes ein würdiges Berathungsheim schaffen zu helfen. Der Dresdner selbst wird im Allgemeinen unparteiisch genug sein, um es den Vertretern des platten Landes nicht zu verübeln, wenn sie unter Umständen bei größeren Bewilligungen für hauptstädtische Zwecke ein Gefühl beschleicht, als müßten sie in einen sauren Apfel beißen. Indessen: „Darum keine Feindschaft nicht!" Bisher ist durch solche momentane Wallungen die patriotische Eintracht zwischen Stadt und Land in unserem Ständehaus niemals gestört worden und wird es wohl auch in Zukunft nicht werden. Ueberdies dürfte es in dem vorliegenden Falle nicht übermäßig schwer halten, die Landabgeordneten davon zu überzeugen, daß die Erhaltung der Dresdner Terrasse wegen des internationalen Rufes, den sie genießt, denn doch wohl noch etwas mehr in sich schließt als ein bloßes lokales Interesse, daß vielmehr das ganze sächsische Land an der Terrassenfrage betheiligt ist. Um so nachdrücklicher muß es gerügt werden, daß von einer Seite ein Zankapfel zwischen die Kämpfenden geworfen wurde, der, gelinde gesagt, nicht schön war. Der Abgeordnete Herr Grünwell verstieg sich nämlich dem Wortführer der Minderheit gegenüber zu der Unterstellung, daß Herr Dr. Mehnert wohl weniger aus Ueberzeugung als aus dem Bedürfniß einer Fensterrede heraus sich für den Entwurf III in's Zeug gelegt habe. Eine solche grundlose Verdächtigung gehört mit Entschiedenheit nicht zu den parlamentarischen Gepflogenheiten, die in unserem Ständehaus in der Diskussion zwischen den Angehörigen der Ordnungsparteien üblich sind. Die Erhaltung der altehrwürdigen Terrasse, die allen Dresdnern an's Herz gewachsen ist, ist gewiß „ein Ziel, auf's Innigste zu wünschen". Wenn sich also Herr Dr. Mehnert, der sonst stets bei der Förderung der ländlichen Wohlfahrt in vorderster Reihe steht, dieses Zieles mit Ernst und Eifer annimmt, so sollten ihm doch in der Ausübung einer solchen pflichtmäßigen und berechtigten Interessenvertretung nicht solche scharf zugespitzten Steine in den Weg geworfen werden. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Auch die Verfechter der ungeschmälerten Erhaltung der Terrasse haben ein volles Anrecht darauf, ohne Verdächtigung ihrer persönlichen Beweggründe gehört und gewürdigt zu werden. Am Ende kommt bei der ganzen Frage doch auch ein hohes ideales Moment in Betracht. Die zerstörenden und nivellirenden Geister unserer Zeit haben so wie so schon zu viel der Macht und Herrschaft. Ihnen gegenüber muß jeder Beweis von erhaltender Kraft als ein günstiges Zeichen der Zeit begrüßt werden, und so auch das emsige Bemühen unserer Bürgerschaft, die schon ausgestreckte Hand, die sich an die Terrasse legen will, noch im letzten Augenblick zurückzuschieben und die schönste Zierde Dresdens in unberührter Jungfräulichkeit der Residenz zu erhalten. Mag der schließliche Ausgang sein, wie er will: auf jeden Fall haben die Dresdner bei dem Kampfe um die Terrasse gezeigt, daß sie am guten Alten in Treuen zu halten verstehen, und das muß ihnen von Allen, die in der Frage selbst zwar anderer Meinung sind, im Uebrigen aber in der Pflege des erhaltenden Sinnes mit der Dresdner Bürgerschaft übereinstimmen, zur Ehre und zum Ruhme angerechnet werden. Mit dieser Gesinnung finden die Dresdner in der Terrassenfrage glücklicher Weise einen starken Rückhalt an der Ersten Kammer, von der hoffentlich ein parlamentarischer Einfluß ausgehen wird, der die oben ausgesprochene Erwartung einer nachträglichen Annahme des Entwurfs III durch beide Kammern verwirklicht.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. April.

* **Berlin.** Der „Berliner Korrespondenz" zufolge bewilligte der Kaiser zur Hebung der Leistungsfähigkeit und Erwerbsfähigkeit der Schlesischen Weber ein weiteres Gnadengeschenk von 15,000 Mark aus dem Dispositionsfonds der Generalstaatskasse.

* **Berlin.** Reuter's Bureau meldet aus Sao Vicente vom 27. d. Mts.: Das spanische Geschwader ist nicht ausgelaufen.

* **Wien.** (Privatkorrespondent.) Bei der heutigen Berathung der parlamentarischen Kommission der Rechten erklärten die Polen und Czechen sich bereit, trotz der Kompetenzbedenken den Sprachenausschuß zu beschicken, falls die Majorität die Einsetzung eines solchen Ausschusses beschließen sollte.

* **Bayonne.** Nach Meldungen aus Madrid ging gestern ein aus 4 Panzerschiffen und 3 Torpedojägern bestehendes spanisches Geschwader in See. Es geht das Gerücht, dieses Geschwader solle die Haupthafenplätze der amerikanischen Nordstaaten angreifen. Ein anderes Geschwader ist in Cadix in Bildung begriffen.

* **Bari.** Heute Vormittag begingen mehrere Volkshaufen wegen der Brodpreise ernste Ausschreitungen. Die Manifestanten richteten namentlich in einem Polizeibureau und im Bureau der städtischen Grundsteuerabtheilung Verwüstungen an. Die Banken werden von Truppen bewacht, welche auch die Hauptpunkte der Stadt besetzt halten.

* **Madrid.** Nach einer Depesche aus Manila theilte der Gouverneur von Iloilo mit, daß das amerikanische Schiff „Saranac" von dem spanischen Kanonenboot „Elcano" aufgebracht und in den dortigen Hafen eingebracht worden sei. Das Schiff hatte eine Ladung von 1640 Tonnen Kohlen an Bord und 13 Mann Besatzung. Das Telegramm fügt hinzu, das amerikanische Geschwader habe sich noch nicht gezeigt, es werde aber jeden Augenblick erwartet. Die spanischen Schiffe sind bereit, es zu empfangen.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der **Nachtragsetat** für: Stellenvermehrung im Reichsamt des Innern, Erhöhung der Postdampfersubvention, zwei neue ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamts, Untersuchungen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche, eine biologische Abtheilung im Gesundheitsamt, Kiautschou ꝛc. — Abg. **Lieber** (Centr.) beantragt Verweisung an die Budgetkommission, da die Einzelheiten dort besser vorberathen werden könnten. Das gelte auch in Bezug auf die Forderung für Kiautschou. Es werde sich fragen, ob die Verbindung des Gouvernements von Kiautschou mit dem Marineamt auf die Dauer verbleiben solle. Zu erwarten seien auch mehrere Angaben über den Vertrag mit China, der einstweilen nur durch die Presse bekannt gemacht worden sei. Schließlich fragt er an, weshalb nicht auch Forderungen für die Landbriefträger und Postunterbeamten im Nachtragsetat enthalten seien. — Staatssekretär v. **Thielmann** bemerkt, es sei anzunehmen, daß die im Nachtragsetat nicht geforderten ca. 8 Millionen durch die Ueberschüsse, die für das nächste Etatjahr zu erwarten seien, würden gedeckt werden können. — Abg. **Richter** (freis. Volksp.) weist auf die neuen Vorgänge in China, besonders auf die dortige Machterweiterung Rußlands hin. Wie die Dinge jetzt lägen, könnte jedenfalls der Befestigung unserer Stellung in Kiautschou nicht widersprochen werden, aber man könne nun auch möglichst von anderen Ausgabesteigerungen für koloniale Zwecke Abstand nehmen. — Abg. **Paasche** (nat.-lib.) stellt fest, daß ein Widerspruch gegen die Forderungen des Nachtragsetats nicht laut geworden sei. Auch seine Freunde theilten den Wunsch nach Vorlegung möglichst eingehenden Materials über Kiautschou in der Kommission. — Abg. **Liebknecht** (Soz.) erklärt Kiautschou für werthlos. Das deutsche Volk kümmere sich weder um Kiautschou, noch um andere koloniale Erwerbungen. Redner geht näher auf einen Fall ein, wo die Polizei Nachts einen Mann aus dem Bette geholt habe, um über seine Militärverhältnisse Auskunft zu geben. (Präsident v. Buol: Das steht doch aber nicht im Zusammenhang mit der Vorlage.) Mit der Fahrt des Schiffes, auf dem sich Prinz Heinrich befindet, seien wir zum Gespött der ganzen Welt geworden. Auch unser ganzes despotisches Wesen sei im Auslande nicht hoch geschätzt, wir bekundeten damit nur eine gewisse Wahlverwandtschaft mit den Chinesen selbst. (Lachen rechts.) Was lachen Sie da? Was Sie für Patriotismus halten, nennt man im Auslande Bedientenhaftigkeit. (Pfuirufe rechts.) Die kleine Schweiz hat keine Flotte und ist im Ausland mehr geachtet als Deutschland. (Großes Gelächter.) In Kiel ist lediglich Cirkusreklame gemacht worden. Präsident v. Buol: Dieser Ausdruck ist ungehörig, und ich rufe den Redner dafür zur Ordnung. Redner behauptet ferner, wir könnten in China ohne Erlaubniß Englands doch keinen Schritt thun. Anstatt Weltpolitik solle man lieber im Innern eine Politik treiben, die nicht wie die jetzige und wie die von 1848 unsere eigenen Leute auseinander jage. Es handle sich hier um Flottenschwindel (Rufe: Oho!), um die Aufmerksamkeit unseres Volkes von unseren inneren Zuständen abzulenken. (Präsident v. Buol bezeichnet den Ausdruck „Schwindel" bezüglich der Politik, die der Reichstag gebilligt habe, als ungehörig.) — Staatssekretär Graf **Posadowsky** bewundert den Muth, mit dem Liebknecht von einer gewaltthätigen Regierung spreche, während doch gerade die Sozialdemokratie selber gewaltsam vorgehen würde, wenn sie erst einmal an die Regierung käme, was ja nicht eintreten werde. (Heiterkeit.) Er berufe sich auf eine Aeußerung in einem Artikel, den er vielleicht Liebknecht selber zuschreiben dürfe, da heiße es: Mit Herrn Krupp werde man sich, wenn es so weit wäre, persönlich in zwei Minuten auseinandersetzen. (Rufe links: Nun, ist das nicht gemüthlich? Stürmische Heiterkeit.) Und da behauptet Liebknecht, die Sozialdemokratie verwerfe die Gewaltthätigkeit. Die Aeußerungen Liebknecht's bestätigten wieder, die Sozialdemokraten ändern ihre Taktik, sie lernen hinzu, aber sie bleiben dabei eine revolutionäre Partei. Das mögen sich die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen gesagt sein lassen. — Staatssekretär v. **Bülow**: Ich möchte nur auf einige Bemerkungen erwidern. Sobald der Vertrag über Kiautschou im Wortlaut vorliegt, werde ich denselben in der Kommission vorlegen. Mit England haben wir wegen Wei-hai-wei keine Abmachungen, aber ich freue mich, daß England erklärt hat, in unsere Interessensphäre nicht eingreifen zu wollen. Wir wünschen nicht und glauben auch nicht an eine Auftheilung Chinas in absehbarer Zeit; aber wir haben in Kiautschou eine strategische und politische Position gewonnen, welche uns einen Antheil sichert an den künftigen Geschicken Ostasiens. Die Weiterentwickelung der Dinge können wir mit Ruhe abwarten. Wir haben dort eine so gute Stellung, daß wir andere Mächte wegen der ihnen gewährten Konzessionen nicht zu beneiden brauchen. Wir bleiben ruhig, fest und friedlich; den Störenfried werden wir niemals machen, das Aschenbrödel aber auch nicht. — Abg. **Bebel** (Soz.) sekundirt seinem Parteigenossen Liebknecht, die Sozialdemokratie strebe die Macht auf legalem Wege an. — Staatssekretär Graf **Posadowsky** weist nochmals hin auf den Aufsatz Liebknechts und auf die darin enthaltene Stelle über Krupp. Und das nennen Sie einen legalen Weg? (Heiterkeit.) Ich empfehle Allen, diesen Aufsatz zu lesen, dann wissen Sie, woran Sie mit der Sozialdemokratie sind. Redner nimmt noch auf weitere sozialdemokratische Aeußerungen Bezug, indem er bestimmt bestreitet, daß die Sozialdemokratie sich, wie man behaupte, gemausert habe. Dem Abg. Bebel könne er versichern, daß ein neues Sozialistengesetz nicht in Aussicht stehe und zwar deshalb nicht, weil dadurch doch nur die bürgerlichen Klassen in Ruhe gewiegt würden. Die bürgerlichen Klassen müßten die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie immer mehr einsehen, ihre Gefährlichkeit namentlich in eigenthumrechtlicher Hinsicht, und müßten lernen, die Regierung in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Die besitzenden Klassen müßten dabei allerdings auch lernen, die Arbeiter gerecht zu behandeln und nicht nur die Dividende den Ausschlag geben zu lassen. Er selbst werde stets bestrebt sein, Alles zu thun, um Mißständen abzuhelfen; so habe er auch, nachdem er die neulichen Klagen des Abg. Legien über Mißstände im Baugewerbe zum größten Theil als berechtigt erkannt habe, bereits Schritte zur Abhilfe gethan; aber revolutionären Bestrebungen werde er mit aller Macht entgegentreten. — Abg. v. **Kardorff** (Reichsp.) drückt seine Freude darüber aus, daß die jetzige Regierung in der Bekämpfung solcher Bestrebungen die Energie habe, wie sie früher unter Bismarck vorhanden gewesen sei. — Abg. **Förster** (Antis.) wendet sich ebenfalls gegen Liebknecht, um dessen Beschimpfungen der deutschen Politik zurückzuweisen. (Vicepräsident Schmidt erklärt den Ausdruck „Beschimpfungen" für unstatthaft.) Die Sozialdemokratie sei eine Hautkrankheit am Körper Deutschlands. — Abg. **Bebel** (Soz.): Ich will dem Vorredner nicht in ähnlichen Ausdrücken antworten, ich will aber nur an das bekannte Urtheil erinnern, das der Vorredner selbst über seine eigene Fraktion gefällt hat. (Beifall links.) Redner wendet sich alsdann gegen v. Kardorff, dessen Arbeiterfreundlichkeit es leide, daß er bei der oberschlesischen Zinnindustrie für das Jahr 27,000 Mk. Tantième einstreiche, während die Arbeiter dieser Gesellschaft auf das Elendste bezahlt seien. — Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen. — Die Vorlage, betr. Abänderung der **Konkursordnung** wird auf Antrag Rintelen in zweiter Lesung en bloc angenommen. Es folgt zweite Lesung des von Salisch und Genossen beantragten Gesetzentwurfs, betr. das Beeidigungsverfahren und die Bestrafung wissentlich falscher unbeeideter Aussagen. — Abg. **Rintelen** (Centr.) beantragt bei § 143 der Civilprozeßordnung die ausdrückliche Zulassung eines konfessionellen Zusatzes zum Eid. — Staatssekretär v. **Nieberding** bittet um Ablehnung des Antrags. Auch ohne solche ausdrückliche Vorschrift werde entsprechend der bestehenden Rechtslage und Rechtsprechung ein konfessioneller Zusatz zum Eide gestattet sein. Er erkläre das ausdrücklich Namens der verbündeten Regierungen als deren Auffassung. — Nach einer längeren Debatte wird die Vertagung beschlossen. — Morgen: Weltpostvertrag, Handelsvertragsprovisorium mit England, dann die zurückgestellten Gesetze, Resolutionen und Petitionen zum Etat, endlich Fortsetzung der heute abgebrochenen Debatte.

Berlin. Beide Häuser des Landtags hielten heute Sitzungen ab. Im **Abgeordnetenhaus** wurde zunächst ein Antrag auf Uebernahme der Kosten der thierärztlichen Untersuchung auf die Staatskasse angenommen. Hierauf fand Berathung statt über die Anträge von Mendel und Ring (kons.), betr. Maßregeln gegen Viehseuchen und die Einführung der obligatorischen Fleischschau. Fürst Hohenlohe erklärte, daß Verhandlungen über die Einführung der allgemeinen Fleischschau im Bundesrath eingeleitet seien. Wenngleich in einer Reihe von Bundesstaaten die obligatorische Fleischschau, wenn auch in verschiedenem Umfange, bereits bestehe, so sei es doch geboten, daß zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bevölkerung diese Einrichtung im ganzen Reiche nach übereinstimmenden Grundsätzen eingeführt werde. Es sei deshalb beabsichtigt, dem Bundesrath den Entwurf eines Reichsgesetzes, betr. die Einführung der obligatorischen Fleischschau im ganzen Reiche vorzulegen. (Beifall.) Wir müssen gegenüber der ausländischen

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.